

Positionspapier zur Entwicklung der Studiengänge des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz



KonNet e.V. ist das Netzwerk der Konstanzer Politik- und Verwaltungswissenschaftler im Verein der Ehemaligen der Universität Konstanz (VEUK e.V.). KonNet e.V. sieht es als eine seiner Aufgaben an, die Entwicklung der politik- und verwaltungswissenschaftlichen Studiengänge der Universität Konstanz kritisch zu begleiten. Unseres Erachtens sollte Ziel der Studiengänge eine wissenschaftliche Ausbildung sein, die insbesondere zu einer Tätigkeit in einer Vielzahl im weitesten Sinne „verwaltender“ Berufe befähigt, nicht zuletzt im öffentlichen Dienst. Vor diesem Hintergrund fand beim letzten Jahrestreffen des Vereins im Juni 2015 in Hamburg eine Podiumsdiskussion zum Thema Berufschancen der Absolventinnen und Absolventen im öffentlichen Dienst statt. Darüber hinaus konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – Absolventinnen und Absolventen des Fachbereichs aus fünf Jahrzehnten – über ihre Erfahrungen im Beruf und bei der Stellensuche im Rahmen einer Netzwerkveranstaltung austauschen. Die Ergebnisse beider Veranstaltungen bilden die wesentliche Grundlage für die folgenden Impulse und Vorschläge, über die der Vorstand von KonNet e.V. gerne in einen Dialog mit dem Fachbereich eintreten würde.

- Klare Stärken der politik- und verwaltungswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Konstanz sind die solide Methodenausbildung sowie das Erwerben grundlegender Arbeitstechniken, beispielsweise die Fähigkeit, eigene Wissenslücken rasch zu schließen. Allerdings reicht derartiges Transferwissen allein oft nicht für den erfolgreichen Berufseinstieg im öffentlichen Dienst und anderen Branchen außerhalb der Wissenschaft: Die Berufschancen der Absolventinnen und Absolventen hängen auch davon ab, ob sie konkrete und spezifische Fachkenntnisse und Fähigkeiten mitbringen, die auf Einstiegsstellen benötigt werden.
- Neben dem Arbeitsaufenthalt als Teil des Bachelor-Studiums, ist eine starke Seite der Konstanzer Studiengänge die Vorgabe von Pflichtmodulen: Arbeitgeber können so davon ausgehen, dass Absolventinnen und Absolventen bestimmte Kenntnisse mitbringen. Auch im Hinblick auf die wünschenswerte stärkere Öffnung des öffentlichen Dienstes für Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler ist ein hoher Anteil von Pflichtveranstaltungen von Vorteil, da gerade öffentliche Arbeitgeber ungern Einzelfallentscheidungen zur grundsätzlichen Eignung von Bewerbern treffen.
- Der Absolventenbefragung 2014 ist zu entnehmen, dass Absolventinnen und Absolventen des Master-Studiengangs seltener in der öffentlichen Verwaltung arbeiten, als solche des Bachelor-Studiengangs. Der Master-Studiengang erscheint hauptsächlich zur Ausbildung von Wissenschaftlern konzipiert und weniger zur Vermittlung von wissenschaftlich fundierten Kenntnissen und Fähigkeiten für Tätigkeiten „in der Praxis“. Dies sollte klar kommuniziert werden, um bei Bewerbern keine falschen Erwartungen zu wecken. Eine reine Ausrichtung auf die Ausbildung zum Wissenschaftler ist jedoch problematisch vor dem Hintergrund, dass ein Master-Abschluss nach wie vor Zugangsvoraussetzung für den höheren Dienst ist.

- Wegen dessen grundlegender Bedeutung für das Profil des Fachbereichs, konzentrieren sich die folgenden Verbesserungsvorschläge des Vorstandes von KonNet e.V. auf den Bachelor-Studiengang Politik- und Verwaltungswissenschaft:
 - Auf der Podiumsdiskussion während des KonNet-Jahrestreffens 2015 wurde unter anderem betont, dass eine Stärke der Studiengänge die Kombination der für „Verwaltung“ relevanten Inhalte der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ist bzw. war. Die enge Verzahnung der Disziplinen sollte deshalb auch in Zukunft integraler Bestandteil der politik- und verwaltungswissenschaftlichen Studiengänge sein.
 - Der Studiengang ist stark im Bereich Personal und Organisation (inklusive Strategie und Führung). Unterrepräsentiert sind jedoch andere Bereiche der (öffentlichen) Betriebswirtschaftslehre wie öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen sowie Controlling und Beteiligungsverwaltung aber auch Methoden der Kosten- und Nutzenanalyse, der Gesetzesfolgenabschätzung und der Evaluierung. Dabei könnten gerade derartige praxisrelevante Kenntnisse die Absolventinnen und Absolventen für öffentliche Arbeitgeber attraktiv machen, da Juristen entsprechende Kenntnisse im Studium nicht vermittelt bekommen und die überwiegende Zahl der Betriebswirte diese eher im Hinblick auf die Privatwirtschaft erlernt hat.
 - Angesichts der Bedeutung des Rechts in der öffentlichen Verwaltung sollten rechtswissenschaftliche Lehrveranstaltungen wieder eine größere Rolle einnehmen. Über eine Einführung in das öffentliche Recht hinaus, sollte ein politik- und verwaltungswissenschaftlicher Studiengang auch grundlegende Kenntnisse im Verwaltungsrecht vermitteln und ggf. auch eine Einführung in das Privatrecht anbieten. Kenntnisse im Verwaltungsrecht sind auch für eine Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes wichtig: unter anderem aus der Sicht von Beratungsgesellschaften, Unternehmen, die staatliche Förderungen erhalten, oder auch stark regulierter Branchen sind fundierte Kenntnisse der öffentlichen Verwaltung eine der dezidierten Stärken Konstanzer Absolventinnen und Absolventen.
 - Regierung und Verwaltung auf EU-Ebene sollten integraler Bestandteil auch der eher auf das politisch-administrative System Deutschlands fokussierten Lehrveranstaltungen sein. Die EU stellt heute in den meisten Politikfeldern schlicht eine weitere Ebene im politisch-administrativen Mehrebenensystem dar und weist immer weniger Gemeinsamkeiten mit anderen Bereichen der internationalen Beziehungen auf. Die „Europakompetenz“ der Absolventinnen und Absolventen kann ein starkes Argument auf dem Arbeitsmarkt sein.
- Da die Gesamtzahl der ECTS aller Lehrveranstaltungen nicht erweitert werden kann, stellt sich die Frage, wie weitere Inhalte in den Studienplan eingegliedert werden könnten. Eine Möglichkeit wäre, den Bachelor-Studiengang mit zusätzlichen Vertiefungsrichtungen mit einer jeweils passenden Zusammenstellung der Pflichtmodule anzubieten.

27. Oktober 2015

Gez. Michael Schütz, im Namen des Vorstandes von KonNet e.V.